

# blickpunkt

Nr. 273  
September 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

## Und jetzt an die Renten . . .

Es ist nicht gezählt worden, die wievielte Lüge damit geplatzt ist, aber nach dem Spruch von Blüm und Kohl: "Die Renten sind sicher" erfolgt nun der Angriff auch auf die Renten.

FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt machte den Vorreiter. Es folgten viele Dementis, aber es bleibt die Tatsache: Im antisozialen Horrorkatalog dieser Regierung und der Konzerne werden von nun an auch die Renten geführt. Die Pläne zur Rentenkürzung und der verlängerten Lebensarbeitszeit passen in die Konzernlandschaft. Und die soll unter dem Stichwort "Standortsicherung" gestaltet werden. Und wenn die Regierung - welche auch immer - die Politik der Konzerne fortsetzt, sind die Renten eines Tages in der Tat nicht mehr zu bezahlen.

Die Konzerne entledigen sich in jedem Jahr zu Hunderttausenden "überflüssiger" Arbeitskräfte, um ihre Gewinne zu steigern. Jetzt wurden die Rentenpläne und gleichzeitig folgende Tatsachen bekannt: Die Telekom streicht in den nächsten fünf Jahren 30000 Arbeitsplätze; Mercedes will 1994 nochmals 14000 Stellen streichen, nach der Vernichtung von 15000 Arbeitsplätzen 1992 und 7000 Arbeitsplätzen in diesem Jahr; Krupp kündigt an, im Stahlbereich weitere 8000 Arbeitsplätze zu streichen. Kurz zuvor schon waren die fünfstelligen Zahlen, in denen sich die Arbeitsplatzvernichtung bei der Bahn und bei

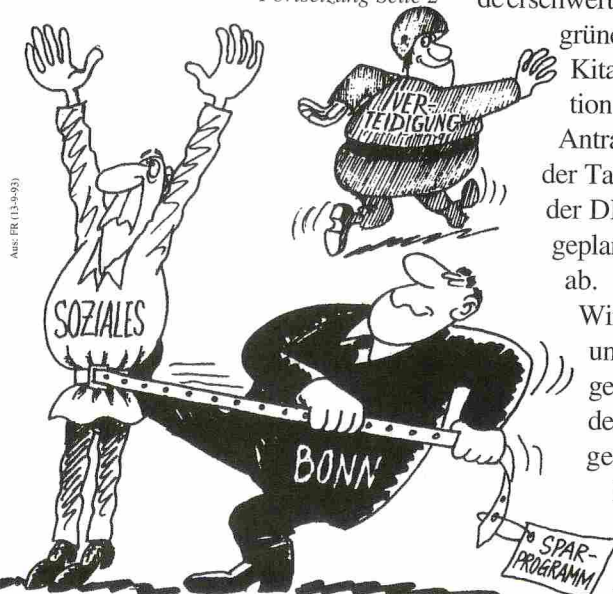
Thyssen bewegt, bekannt geworden. Das sind nur wenige Beispiele aus wenigen Tagen. Frage: Wer soll denn da noch die Renten finanzieren? Die Geburtenrate geht in erschreckendem Maße zurück. In den neuen Bundesländern ist sie ins Bodenlose gefallen. Zur allgemeinen sozialen Unsicherheit kommen die Verteuerung von Kindergärten und anderen Kindereinrichtungen, maßlose Mietsteigerungen, Einschränkungen oder Stopp im sozialen Wohnungsbau, Bestrafung von Kinderreichen auch noch in der Sozialhilfe, Wegfall einer 50 Jahre alten Einrichtung wie die verbilligten Bahnfahrkarten für kinderreiche Familien - das ist eine kleine Auswahl kinderfeindlicher Maßnahmen, die das Leben in der

Fortsetzung Seite 2

**Kita-Gebühren sollen bis zu 100% erhöht werden**

SPD und Grüne haben einen Antrag eingebracht, der Gebührenerhöhungen von bis zu 100% für die Betreuung in Kindergärten, -horten und -krippe vorsieht. Dabei gehen sie fast durchgängig weit über die vom Magistrat ursprünglich vorgesehenen Erhöhungen hinaus, indem sie die vorgeschlagenen Anhebungen schon vorfristiger einführen wollen. Nun sattelt der Magistrat noch mal drauf: Die zusätzliche Betreuung über Mittag in einer Essensgruppe in einem Kindergarten soll von zur Zeit 20.- DM auf 45.- DM noch stärker angehoben werden. Darüber hinaus soll die Befreiung von der Gebührenerhöhung für Familien, die mehrere Kinder in Kindergärten haben und für Alleinerziehende erschwert werden. Im Juli ist der "rot/grüne" Rundschlag in Sachen Kita-Gebühren an der Opposition gescheitert. Jetzt steht der Antrag im Stadtparlament auf der Tagesordnung. Die Fraktion der DKP/Offene Liste lehnt die geplanten Gebührenerhöhungen ab.

Wir sind gespannt, ob SPD und Grüne weiterhin am ungenierten Griff in die Taschen der Eltern festhalten, oder angesichts der fortgesetzten Bonner Sozialabbau-Politik ein Umdenken stattfindet. Protestierende Eltern könnten dem nachhelfen.



Fortsetzung von Seite 1

Bundesrepublik prägen. Frage: Wersoll denn da noch einen Generationenvertrag erfüllen? Der Druck der Konzeme auf die Löhne und Gehälter wird immer stärker. Jetzt werden gar Lohn- und Gehaltskürzungen angestrebt, zumindest sogenannte Nullrunden. Aber jedes Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung bringt den Rentenkassen Beiträge in Milliardenhöhe. Frage: Wie sollen denn unter diesen Umständen die Rentenkassen gefüllt werden? Kurz: Das Profitstreben der Konzerne bringt die Renten in größte

Gefahr. Und was unter dem Stichwort "Standortsicherung" betrieben wird, ist die Ausgestaltung Deutschlands zum Profitstandort für die Konzerne. Aber wo Konzerne so hemmungslos wirtschaften können, verringern sich die Lebenschancen der Menschen.

Das betrifft die jungen Menschen, die um ihre Ausbildung fürchten und ihre Arbeitsplätze; die arbeitenden Menschen, die zu Hunderttausenden in die Arbeitslosigkeit vertrieben werden, immer geringere Einkünfte haben, immer mehr Belastungen tragen müssen;

die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, also die Opfer des Systems, die immer tiefer in die Armut gestoßen werden; die Familien, die benachteiligt werden; die Kranken, für die es eines nahen Tages nur noch eine Mindestversorgung á la Armenkrankenhaus geben soll; die Alten, denen die lebenslang erworbene Existenzgrundlage geschmälert wird.

Es betrifft die große Mehrheit der Bevölkerung. Somit ist Widerstand gegen die unsozialen Pläne ein wichtiges Stück Überlebenskampf.

## An die Kosten wird nicht gedacht

In unserer Stadt gibt es einen Bürgermeister und zwei hauptamtliche Stadträte. Eigentlich wissen es alle, die Stadt kann mit zwei Hauptamtlichen gut leben. Der dritte Posten wurde vor ein paar Jahren von der GBL durchgesetzt. Die DKP war gegen die Einrichtung dieses Amtes, immerhin kostet dieser Posten den Steuerzahler pro Wahlzeit weit mehr als eine Million Mark. Es versteht sich von selbst, daß wir alle Gelegenheiten nutzen, um dieses Amt wieder abzuschaffen.

Wenn Grüne und Schwarze jetzt auch für die Tilgung dieser Stelle eintreten, dann ist das blanke Demagogie. Beide wollen natürlich das Amt, sie haben es oft genug für sich reklamiert und werden es morgen wieder tun. Bei der CDU kommt hinzu, daß sie sich bis zur Bürgermeisterwahl besonders bürgerfreundlich darstellen will.

Die Eiertänze der Grünen versteht in der Stadt keiner mehr. Mittlerweile sind es schon drei grüne Richtungen, die sich öffentlich gegenseitig mit Dreck bewerfen. Kaum zu verstehen sind auch die Gedanken der grünen Verhandlungskommission die jetzt schon seit Frühjahr mit der SPD zusammenhockt. Sie dachten schon an einen vierten Hauptamtlichen (noch 'ne Million!), und sie denken an eine Koalitionskonstruktion mit einem BAT I / A 16-"Zuarbeiter"

(Monatsgehalt 8575,-). Sie denken auch daran, das Amt jetzt abzuschaffen und in ein paar Monaten wieder einzuführen. An die Kosten denkt offenbar keiner!

Sollten die Grünen glauben, sie könnten ein abgeschafftes Stadtratsamt durch die Hintertür wieder einführen, dann hätten sie politische Ehre und Glaubwürdigkeit verspielt. Man müßte sie in unserer Stadt als "erledigt" abhaken. Ich fände es schade. Rudi Hechler

## Skandal

Noch vor kurzem gab es ein Aufatmen in der Stadt:

Das US-Depot im Oberwald sollte geräumt werden. Jahrelang wurde für die Auflösung des Lagers gestritten. Immerhin, kein Mensch in unserer Stadt weiß, welches Teufelszeug dort gelagert ist.

Jetzt wurde bekannt, die US-Army hat ein "unbefristetes Interesse" am Lager angemeldet.

Über die Gründe darf man spekulieren. Will der "Weltgendarm" in der Nähe der Air Base sein Pulver trocken halten oder ist der Laden so verseucht, daß er die Sanierung der Altlasten scheut.

Die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger sollten sich das nicht gefallen lassen.



In Mörfelden-Walldorf hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die aktiv gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit auftreten will. Mit Anzeigen, Ausstellungen und anderen Aktivitäten will man an die Öffentlichkeit treten. Am 9. November ist eine Kundgebung geplant. Den Aufruf der Initiative, unter den gerade Unterschriften gesammelt werden, veröffentlichen wir nachfolgend.

## Ein Beispiel geben . . .

In Deutschland gibt es täglich Straftaten aus Fremdenhaß. Allein im vergangenen Jahr gab es 17 Tote durch rechte Gewalttäter. Im Juni diesen Jahres gab es 76 Brandanschläge. Im ersten Quartal 1993 wurden 6719 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleitet. In Fulda durften die neuen Nazis ungestört aufmarschieren. Auch in unserer Stadt wächst der

Fortsetzung nächste Seite

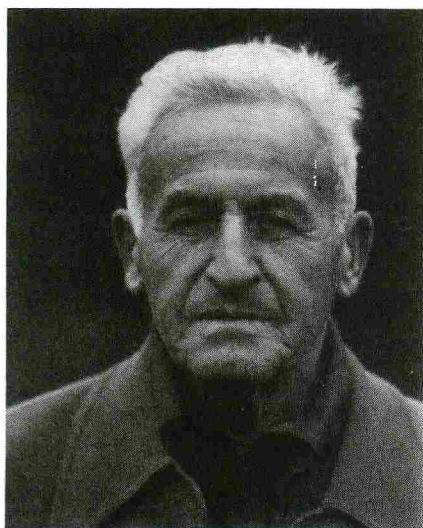
alltägliche Rassismus, werden Flüchtlinge beleidigt und diskriminiert. Wiederholt sich deutsche Geschichte? In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, vor 55 Jahren, gab es in der mörderischen Reichskristallnacht einen ersten furchtbaren Höhepunkt des faschistischen Terrors. Heute werden Menschen umgebracht, weil sie keine Deutschen, weil sie behindert oder obdachlos sind. Gedenkstätten und jüdische Friedhöfe werden geschändet, es gibt heimliche Sympathie mit den rechten Gewalttätern. Die deutsche Geschichte darf sich nicht wiederholen! Allerdings müssen wir entschiedener denn je konsequent gegensteuern. Wir brauchen mehr Aufklärung. Viele Flüchtlinge sind Opfer von Ausbeutung und fehlgeleiteter Entwicklungs-

politik, viele fliehen vor wirtschaftlicher Not und neuer Armut. Man muß die Flüchtlingsursachen bekämpfen und nicht die Flüchtlinge. Verschwinden muß der Hunger auf der Welt - nicht der Hungrige. In unserer Stadt leben 5400 Ausländer aus vielen Ländern der Erde. Manche wohnen hier seit Jahrzehnten, ihre Kinder sprechen unseren Dialekt. Ihnen und den Flüchtlingen, die in den letzten Jahren zu uns kamen, gehört unsere Menschlichkeit. Zeigen wir Zivilcourage, wenn abfällig und gehässig über Flüchtlinge und Ausländer gesprochen wird. Mischen wir uns ein. Mörfelden-Walldorf kann ein Beispiel für Toleranz geben. Die örtlichen Parteien, die Kirchen und Vereine, die Schulen und Kindereinrichtungen, alle Bürgerinnen und Bürger, bitten wir:

Macht mit bei der "Aktion Toleranz"! Kommt zur Kundgebung gegen Ausländerhaß und Neonazis am 9. Nov. 1993 auf den Rathausplatz in Mörfelden.

#### **Ausländerhaß!?**

*Dein Christus ist ein Jude,  
Dein Auto ein Japaner,  
Deine Pizza ist italienisch,  
Deine Demokratie ist griechisch,  
Dein Kaffee ist brasilianisch,  
Deine Bananen sind kolumbianisch,  
Dein Kaviar ist russisch,  
Dein Urlaub ist türkisch,  
Deine Zahlen arabisch,  
Deine Schrift lateinisch,  
Deine Sprache (fast) englisch,  
Dein Nachbar, Dein Kollege  
aber nur ein Ausländer.*



## **Peter Passet wurde 80**

Am 7. September wurde unser Genosse Peter Passet 80 Jahre alt. Über sein Leben ist noch kein Buch geschrieben worden. Es würde sich lohnen und es würde eine aufrüttelnde Geschichte über einen deutschen Arbeiter, einen aufrechten Kommunisten, der bei Stalin und Hitler Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager erlebte. Seine Erzählungen über das arme Leben der Arbeiterfamilien im Walldorf der zwanziger Jahre, über Arbeitslo-

sigkeit und das Elend der "kleinen Leute" machen verständlich, daß viele junge Menschen damals Kommunisten wurden. Die Arbeitslosigkeit, die nicht enden wollte, führte zu vielen Auswanderungen. Deutsche wurde Gastarbeiter. Man schätzt, das damals mehrere Zehntausend allein in die Sowjetunion führen, um Arbeit zu finden und beim Aufbau des Landes zu helfen.

Peter Passet war dabei. Am 26. April 1932 fuhr er nach Moskau, erlebte Höhen und Tiefen. Hier traf er auch seinen Mörfelder Genossen Wilhelm Bitsch, der schon im März 1932 aus politischen Gründen in die Sowjetunion fliehen mußte. Wilhelm Bitsch, Peter Passet und Tausende andere deutsche Kommunisten erlebten die Stalinschen Repressionen am eigenen Leib. Viele wurden umgebracht, Wilhelm Bitsch kam am 28. November 1941 in einem Straflager ums Leben, er wurde erst am 12. Mai 1989 rehabilitiert.

Peter Passet wurde endlosen Verhören unterzogen, als "Konterrevolutionär" verleumdet und nach 16 Monaten Gefängnis am 6. Januar 1939 ins Nazi-Deutschland abgeschoben. Hier wurde er am 24. Januar 1940 aus politischen Gründen erneut verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, kam allein fünf

Monate in Einzelhaft. Nach zwei Jahren wurde er bei der Entlassung am Zuchthaus Tor von der Gestapo empfangen, kam nach Dachau und landete zum Schluß im Vernichtungslager Mauthausen, wo er am 5. Mai 1945 von den Amerikanern befreit wurde. Peter Passet hatte Glück, von seinem Arbeitskommando, es waren 85 Mann, überlebten fünf.

Peter Passet ist als bescheidener Mensch nie von sich aus mit den schlimmen Erlebnissen seiner Jugend an die Öffentlichkeit gegangen.

Auch er erfuhr erst an seinem 75. Geburtstag von einem Vertreter der damaligen sowjetischen Botschaft von seiner vollständigen Rehabilitierung. Er ist bis heute seiner politischen Auffassung treu geblieben. Er mag kantig sein - ein Wendehals ist er nicht. Peter Passet ist bis heute ein engagierter Mensch. Er wirkte aktiv gegen die Startbahn/West, er kämpft als gestandener Antifaschist gegen Rechtsentwicklung und neue Nazis, er verteilt jeden Monat in einem ganzen Bezirk den "blickpunkt". Wir danken Peter für seine Arbeit und sein aufrechtes Leben. Wir wünschen ihm und seiner Frau Kätha Gesundheit und noch viele schöne Jahre.

DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

### Ortsausschuß Mörfelden der Deutschen Kommunistischen Partei gegründet

Am 29. September 1968 wurde in Mörfelden von 21 Versammelten ein Ausschuß für die Neukonstituierung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ gebildet. Damit erhalten erstmals nach 12 Jahren Mörfelder Bürger mit kommunistischer Weltanschauung ein legales politisches Betätigungsfeld.

Der Ortsausschuß Mörfelden der DKP ruft alle Sozialisten und Marxisten auf, sich in dieser Partei zusammenzuschließen. Wir werden es in diesem Staat nicht leicht haben. Aber es ist gerade jetzt notwendig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten, mit Liberalen und Christen der immer stärker werdenden Rechtsentwicklung entgegenzuwirken. Die NPD darf nicht durchkommen. Es darf kein zweites 1933 geben!

Ausschuß für die Neukonstituierung einer Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, i. A. Rudi Hechler.

Auskünfte erteilt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22  
„Freitags-Anzeiger“  
7.10.1968

## 25 Jahre DKP

Vor 25 Jahren, am 29. September 1968, wurde "beim Kiefer", der damaligen Gaststätte "Zum Löwen", die DKP Mörfelden gegründet. Zwölf Jahre vorher, am 17. August 1956, war die KPD von der Adenauer-Regierung verboten worden. Jahrelang wurden Mitglieder der KPD verfolgt und in die Zuchthäuser geworfen. Es waren oft dieselben Menschen die 11 Jahre vorher aus den Konzentrationslagern Hitlers kamen. Über diesen Teil der BRD-Geschichte und über die notwendige Aufarbeitung will man auch heute nichts hören.

Nach Gründung der DKP hatten die Kommunisten endlich wieder eine legale Arbeitsmöglichkeit.

In unserer Stadt gibt es seit dem Ende des ersten Weltkrieges eine gute Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung, die fortgesetzt werden konnte. Die Kommunisten waren als Interessenvertreter der "kleinen Leute" bekannt. Bis auf eine Legislaturperiode, war die DKP stets im Stadtparlament vertreten, doch sie wirkte vor allem auch im außerparlamentarischen Bereich. Immerhin, seit DKP-Gründung gibt es auch den "blickpunkt".

Wie alle Parteien hat auch die DKP Fehler gemacht die korrigiert werden konnten. Allerdings gab es in der DKP eine, vor allem geschichtlich begründete Fehl-orientierung. Unsere prinzipielle Solidarität mit der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Staaten, geboren

aus dem Wissen um die geschichtliche Rolle der Oktoberrevolution, aus unserer Achtung vor dem entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über den Hitlerfaschismus, ebenso auch unsere Überzeugung, daß der Imperialismus alles un-ternehmen würde, die historische Entwick- lung zurückzudrehen, führte dazu, Pro- bleme des entstehenden Sozialismus nicht zu sehen. Wir müssen heute erkennen und offen aussprechen, wo wir Wunschen- den verfallen sind. Wo der Glaube an die größere Erfahrung regierender kommuni- stischer Parteien und eigenes Wunschen- denken immer stärker an die Stelle einer dringend notwendigen wissenschaftlichen Analyse trat. Wir idealisierten den er- reichten Entwicklungsstand der soziali- stischen Länder, erklärten ihre Gesell- schaft zum "entwickelten Sozialismus" in einer Zeit, in der ihre ökonomische Ab- hängigkeit von der imperialistischen Welt zunahm, wollten offensichtliche Demo- kratiedefizite nicht sehen.

Der Zusammenbruch der UdSSR, die ko(h)loniale Einverleibung der DDR hat uns Kommunisten sicher alle schwer ge- troffen. Aber sind damit die Gründe weg- gefallen, die 1968 zur Konstituierung der DKP führten? Wir sind damals angetreten gegen Rechtsentwicklung und neofaschi- stische Gefahr. Wer kann heute ange- sichts des Aufflammens des neofaschisti- schen Terrors und allseitiger Rechtsent- wicklung in unserem Land behaupten, daß

heute eine DKP weniger wichtig wäre als 1968? Die DKP ist entstanden als organi- sierende Kraft gegen die Allmacht des Großkapitals. Kann da in einer Zeit, in der dieses deutsche Großkapital erneut die Neuverteilung von Einflußsphären betreibt, auf die DKP verzichtet werden? Heute zeigt das Kapital sein brutales Ge- sicht bei der Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der ehemaligen DDR, befreit vom Systemgegensatz und den davon erzwungenen Zugeständnis- sen, ist es dabei, auf ganzer Front soziale und demokratische Errungenschaften ab- zubauen - sollte da auf eine entschieden antikapitalistische Kraft wie die DKP - so schwach sie zur Zeit auch ist - verzichtet werden?

Und außerdem - die DKP entstand im Kampf gegen eine große Koalition, als die SPD-Führung für eine Teilhabe an der Regierung ihr Nein zu den Notstandsge- setzen verkaufte. Ist in diesem Land eine Kraft links von der SPD verzichtbar ange- sichts der andauernden Kapitulationspo- litik der SPD-Führung? Geht es nicht wie- der darum, eine große Rechtskoalition zu verhindern? Kann man da passiv zuschau- en?

Für eine marxistische Partei, die frei von Dogmatismus ihre schöpferischen Kräfte entfaltet, sich einschaltet in die Tages- kämpfe und zugleich die sozialistische Zukunft mit dem Tageskampf verbindet, gibt es in diesem Land mehr zu tun als zuvor.



## Lärm und kein Ende

Seit Wochen wird es immer unerträglich und der Lärm kennt keine Grenzen. Dutzende Kleinflugzeuge (Turboprops) malträtiert die Einwohner von Walldorf. Von morgens 6.30 Uhr bis spät abends 24.00 Uhr fliegen diese Jets über den Ortskern von Walldorf. An Ruhezeiten wird dabei nicht gedacht. Dem Beauftragten für Umweltschutz bei der FAG W. Huxhorn fällt dazu nichts Besseres ein als: "Wir wiederholen unser Bedauern über die Beeinträchtigungen, denen Sie sich durch den Flugverkehr ausgesetzt sehen". Wissen Sie, Herr Huxhorn, "Ihr" Bedauern und meine Beeinträchtigungen sind unvereinbar. Mein Anliegen ist es,

daß diese Turboprops, wenn sie schon fliegen müssen, geregelte Bahnen fliegen und zwarsolche, die den bewohnten Stadt- teil nicht tangieren. Diese, derzeitige Manier halte ich für eine Provokation und ich denke, daß dies vielen Walldorfern so geht. Nicht genug, daß wir zu nächtlichen Schlafenszeiten mit dem Bodenlärm der Amis belästigt werden, jetzt noch dies. Ich bin der Meinung, daß Ihre Aufgabe darin bestehen sollte, diesen Umtrieben ein Ende zu bereiten und sich dem Umweltschutz Ihres Umlandes (in dem Sie ja auch wohnen!) einmal anzunehmen. Gleichzeitig fordere ich Herrn Bürgermeister Brehl, als Vertreter der Stadt in der Lärmschutz- kommission auf, sich energisch und mit Nachdruck gegen die derzeit geübte Wild- westmanier am Himmel einzusetzen.

H. J. Oswald

## Somalia - der afrikanische Vietnam-Krieg?

Das Morden am Horn von Afrika geht weiter. Nun auch mit deutschen Soldaten. Von dem angeblich "humanitären Einsatz" spricht man nicht mehr in Bonn. Der Verteidigungsminister Rühle begründet neuerdings das deutsche Truppenkontingent in Somalia mit der "Gewalt für den Frieden".

Doch auch in der Regierungskoalition mehren sich nachdenkliche Zwischentöne. So sagte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl Lamers: "Wenn nicht in Kürze notwendige Klarheit über das UN-Mandat geschaffen wird, sehe ich eine neue Lage gegeben, die den Abzug der deutschen Soldaten erforderlich machen könnte." Doch Rühle, Kinkel und Kohl wollen den "somalischen Milizenchef Aidid entschieden bekämpfen", wie Rühle erklärte. Und Kinkel sieht keinen Grund zum Rückzug: "Wir können uns aber nicht bei den ersten Schwierigkeiten zurückziehen." Unterdessen gewinnt die Ablehnung des deutschen militärischen Somalia-Einsatzes in der Bevölkerung an Boden. Laut einer FORSA-

Umfrage lehnen über Zweidrittel der Bevölkerung den Einsatz in Somalia ab. Die DFG-VK und viele Friedensinitiativen, auch die DKP, organisieren eine bundesweite Unterschriftensammlung unter einen "Appell an den Deutschen Bundestag".

Umso bestürzender und in sich widersprechender die offiziellen Reaktionen der SPD. Während der verteidigungspolitische Sprecher der

SPD, Kolbow, die UN-Aktion in Somalia für gescheitert erklärte, schlug der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Voigt, vor, SPD und Bundesregierung sollten gemeinsame Vorschläge bezüglich deutscher UN-Einsätze entwickeln. Mit einer solchen Initiative gewinne die deutsche Bewerbung um



einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an Glaubwürdigkeit. Die zwiespältige Position der SPD-Führung in Sachen deutscher Militäreinsätze überall in der Welt, einerseits ja, andererseits bedenklich, entspricht dem allgemeinen Anpassungskurs Scharpings an die Positionen der CDU.

## Zum Beispiel Bischofferode

In den letzten Wochen wurde Bischofferode das Kennwort für das was in den neuen Bundesländern geschehen ist und was geschieht. Da sind die Küstenstädte mit den Werften, da ist Eisenhüttenstadt, dann die thüringischen Präzisionsfabriken, die sächsischen Textiler und Maschinenbauer, die sachsen-anhaltinischen Chemieproduzenten .

Es ist unendlich viel geschehen. Es sind Beutelschneider und Wegelagerer ins Land eingefallen.

Die Marktwirtschaft ist nun erst mal da. Und nun fädelt sich die unendliche Kette von Skandalen und Betrug durchs Land und das ist schließlich ganz normal in der Marktwirtschaft. Also, normaler Kapitalismus. Jeder nimmt, was er kriegen kann. Die kleinen Leute gehen leer aus. Wir im

Westen kennen das schon länger. Der Kolonialstatus in der "ehemaligen" wird auch deutlich, wenn Frau Breuel von der Treuhand bemerkt, von 11800 privatisierten Unternehmen seien 2000 an Ostdeutsche gegangen, der Rest an die Sieger. Und die machen Profit, die machen aus Konkurrenzgründen nieder und die machen sich einen Dreck aus den Menschen. Wem haben die Betriebe gehört? Volkseigentum sei das nur formal gewesen? Schlimm genug. Aber was ist es jetzt? Geklaut ist es jetzt! Von der Treuhand im Auftrag der Bundesregierung verschenkt. von den Unternehmern, vornehmlich den Konzernen, geklaut. Und ein paar Trickbetrüger und Glücksritter, wie es sie immer gibt in Goldgräberzeiten, mischen mit. Was hat denn Krupp mit den ehemals volkseigenen Betrieben zu tun? Was Kempinski mit den Interhotels? Was irgendwelche Hotelketten mit den FDGB-Ferienheimen? Was irgend-

welche Fürsten mit Wäldern und Wiesen und Bauernhöfen?

Das ist ohnehin marode gewesen, nichts wert, Schrott? Dies sicher auch. Aber die Räuber selbst sprechen von Filetstücken. Allein die Grundstücke sind Milliarden wert, wenn wir schon marktwirtschaftlich rechnen. Und dann die modernen Betriebe, die als Konkurrenz immerhin so gefährlich sind, daß sie plattgemacht werden. Und außerdem: Wir alle zahlen drauf! Frau Breuel spricht von 275 Milliarden DM Schulden. Waigel serviert "Erblasten" von 400 oder 600 Milliarden DM und es darf auch noch was mehr sein. Wir sollen zahlen. Obwohl die Milliardenwerte in der ehemaligen DDR verschleudert und von Konzernen, Privatleuten, auch von der Bundesregierung - nur mal die Liegenschaften, das Militärgerät die Häuser gerechnet - geklaut worden sind. Wenigstens ab und zu sollte man es deutlich sagen.



## Wilhelm Arnoul

Der Namensgeber der gleichnamigen Schule in Walldorf wäre am 16. September 100 Jahre alt geworden. Arnoul, war ab 1924 neun Jahre lang Bürgermeister der Stadt Neu Isenburg. Von den Nazis wurde er aus dem Amt gejagt, verhaftet und mißhandelt. Er mußte nach Frankreich fliehen. Am 22. Mai 1945 wurde er von der US-Militärregierung wieder in sein Amt eingesetzt.

Wilhelm Arnoul wurde später Landrat und ab 1950 Regierungspräsident in Darmstadt. Sein Vermögen vermachte er der damaligen Stadt Walldorf für eine Studienförderung. Diese soll all denjenigen zukommen, die erfolgreich diese Schule beenden und über eine zusätzliche Qualifizierung ein Hochschulstudium beginnen. In den Genuß dieser Förderung kamen bislang 857 Schülerinnen und Schüler unserer Stadt. Heute ist die Wilhelm-Arnoul-Schule eine Grundschule und somit wurden die Richtlinien diesbezüglich erweitert. Dies bedeutet, daß nun auch Gesamtschüler, die zuvor die Wilhelm-Arnoul-Schule besucht haben, diese Förderung erhalten können.

Anläßlich seines runden Geburtstages und um dieser guten Idee zu gedenken, veranstaltet die Stadt Mörfelden-Walldorf eine Festveranstaltung am: 24. September '93 in der Wilhelm-Arnoul-Schule.

Kleiner Nachsatz: Der Kreis, als Schulträger, täte gut daran, seine Einrichtungen besser in Schuß zu halten. Es ist ein unmöglicher Zustand, wie die Schulen in Walldorf aussehen und in welchem Zu-

stand sich diese befinden. Wir bezahlen 3,5 Mill. DM Schulumlage und können erwarten, daß mehr als ein Minimum davon für die Erhaltung und den Betrieb der Schulen verwendet wird.

Herbert J. Oswald

## Neutral zu Neutra?

Im Stadtgebiet hängen Plakate mit der Anklage, daß "die Stadt" den Charakter der Neutra-Siedlung (Bewobau) im Walldorfer Oberwald zerstöre. Das ist eine Formulierung, die, an Schärfe beachtlich, so nicht hingenommen werden kann. Machen wir einen Schritt zurück in die 60er Jahre. Ein Professor - Neutra - erläuterte der Gemeindevertretung von Walldorf das neue Wohngefühl, die erhöhte Wohnqualität inmitten des Grüns des Waldes. Auf Speicher und Keller - vorzeitliche Einrichtungen - könne man verzichten. Die Walldorfer Gemeindeväter stimmten dem zu, denn Walldorf hatte schon damals wenig Erweiterungsmöglichkeit und der genannte Wald gehörte Trebur. Die Architektur und die Wohnbedürfnisse haben sich in den letzten dreißig Jahren verändert. Die Probleme mit den vereinzelt stehen gebliebenen Baumriesen (sie waren im Waldverbund aufgewachsen, entsprechend war das Wurzelwerk), Flachdächern (sie werden undicht und bieten nur geringen Wärmeschutz), vielleicht auch der Wohnungsgröße wuchsen und damit der Wunsch der Bewohner die Häuser entsprechend zu verändern. Garagen außerhalb der Baugrenzen (auch als Abstellraum), Giebeldächer... waren nicht die Idee des Bauamtes oder des Bauausschusses, sondern der Bewohner dieses Stadtteils. Dem vielfältigen Begehren konnte man sich - aus Vernunftgründen - auf Dauer nicht entziehen.

So ist in der Tat ein anderes Stadtbild entstanden. Vielleicht ist auch der eine oder andere über das Ziel hinausgeschossen, hat illegal (ohne entsprechende Baugenehmigung) erweitert. Aber über Geschmack und Bauästhetik kann man sich streiten. Der Bewohner eines Hauses soll sich darin aber wohlfühlen - das ist die Prämisse. Uniformiertheit ist heute mehr als noch in den 60er oder 70er Jahren zum Glück überwunden... Das sollten auch die Bürgerinitiativler bedenken. RD

## Verpflegungsgeld um bis zu 100% erhöht

Mit Datum vom 5. August wurde den Eltern und Erziehungsberechtigten der Beschluß des Magistrats zur Erhöhung des Verpflegungsgeldes zum 1. September mitgeteilt. Da hatten die Schulferien schon begonnen, viele waren gar nicht im Lande und mancher wird erst bei der September-Rechnung feststellen, daß für die Verpflegung des Kindes nun statt 66,- DM das Doppelte - fällig ist, weil z.B. im Hort statt bisher 3,- jetzt 6,- DM pro Essen berechnet werden. In Zeiten, wo bei Lohnverhandlungen zunehmend von "Nullrunden" gesprochen wird und an jeder Ecke in Bund, Land und Kreis politische Taschendiebe lauern, für viele ein weiterer Schlag - und nicht der letzte. Kündigt doch Bürgermeister Brehl im gleichen Schreiben schon die Erhöhung der Kita-Gebühren an, begründet mit den Kosten für das Kita-Sofortprogramm. Der Zeitpunkt der Mitteilung war sicher geschickt gewählt, um etwaige Kritik oder Proteste gering zu halten. Deshalb hat sich der Bürgermeister wahrscheinlich auch darüber empört, daß Stadtrat Heinz Hechler von der DKP/Offene Liste die beschlossene Erhöhung des Essensgeldes bereits im Juli-blickpunkt öffentlich bekanntgemacht hatte. "Die Vertraulichkeit des Magistrats wurde gebrochen", schreibt er in einem Brief an den Redakteur. "Schön, so etwas auch einmal schwarz auf weiß belegen zu können." Wir sind allerdings davon überzeugt, daß darin kein Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht zu sehen ist. Das weiß auch Bürgermeister Brehl, sonst hätte er es sich sicher nicht nehmen lassen, ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit einzuleiten. Die beschlossene Erhöhung des Essensgeldes ist kein "Staatsgeheimnis", von dem vor der Zeit kein Wort an die Öffentlichkeit dringen darf, bloß weil sich der Bürgermeister womöglich vor öffentlichen Aktionen und Reaktionen fürchtet.

**Jede Mark hilft dem  
»blickpunkt«!**

**Unser Konto: Kreissparkasse GG,  
Konto-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553**

## **DKP/Offene Liste unterstützt Antrag auf Abwahl von Stadtrat Treber und Streichung der Stelle**

Die Fraktionsmitglieder der DKP/Offene Liste haben sich dem Antrag der CDU-Abgeordneten auf Abberufung von Stadtrat Treber und Streichung der Stelle des dritten politischen Wahlbeamten in der Stadtverwaltung angeschlossen. Da die CDU mit ihrem Antrag im Kern die Aussage im Wahlprogramm der DKP/Offene Liste, wo es unter "Sparmaßnahmen" heißt: "Wir fordern ... die Abschaffung der 3. Wahlbeamtenstelle (Stadtrat).", aufgreift, sehen wir diesen in der Folgerichtigkeit unserer Aussagen und Anträge in Sachen "2. Stadtrat", den die Kommunisten im Stadtparlament von Anfang an ablehnten. Nachdem auch die Grünen den Abwahlantrag gegen ihren eigenen Parteigänger unterschrieben haben, steht der Antrag auf der Tagesordnung. Ob es allerdings zur Abberufung kommt, der mindestens 30 Stadtverordnete zustimmen müssen, steht dahin. Denn die Grünen sind eigentlich nur an der vorzeitigen Räumung der Stelle interessiert, die sie im "Koalitionsfall" unbedingt schnell neu besetzen wollen. CDU und DKP/Offene Liste lehnen eine Abwahl ohne Streichung der Stelle ab.

Und die SPD hat sich bis jetzt noch nicht entschieden. Die Grünen - das wissen sie auch selbst - haben sich und ihren Gesprächspartner in Koalitionsfragen damit in eine Position manövriert, um die sie nicht zu beneiden sind. Denn sollten sie - was denkbar ist - nur um Dirk Treber schnell loszuwerden, zunächst sogar einer Streichung der Stelle zustimmen, so mögen sie das für einen pfliffigen Schachzug halten. Wenn sie allerdings meinen, sie und ihr etwaiger Koalitionspartner kämen ungeschoren davon, wenn sie nach einer Schamfrist den 2. Stadtratsposten neu aus der Taufe heben, seien sie vorab gewarnt. Sollte es dazu kommen, werden wir als Oppositionsfraktion keine Gelegenheit auslassen, derartige politische Amokläufe anzuprangern. In der Einwohnerschaft dürfte es für derlei Taschenspielertricks wenig Verständnis geben. GS

## **Wässrig**

Der Stadtverwaltung war es wert, die Bürger und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu einem Informationsabend einzuladen, um über die anstehenden Investitionen in der Trinkwasserversorgung zu unterrichten. Zwar hörten die Parlamentarier nicht zum erstenmal die Sachlage, doch die Stoßrichtung an diesem Abend war eindeutig. Zum Sachverständnis und zur Investitionsnotwendigkeit soll der Boden bereitet werden für künftige Gebührenerhöhungen. So wurde schon zum zweitenmal innerhalb von zwei Jahren ein Büro beauftragt zu errechnen, wie teuer unser Wasser denn in Zukunft sein müsse, um nicht rote Zahlen zu schrei-

ben. Solche Gutachten kosten auch schon eine Menge - das kann kein städt. Bediensteter! (?)

Zwar "warnte Brehl davor, die (Gebühren-)Schraube zu weit zu drehen: Das träfe nicht die Verschwender, sondern die schmalen Geldbörsen." (So zitierte eine Tageszeitung den Rathauschef.) Das wirft die Frage auf, wer denn an der Gebührenschaube bisher drehte?

Da es keine progressive Gebührenerhöhung geben darf (das Recht müßte der Gesetzgeber schaffen), zahlen alle Bürger, egal welche Wassermenge sie verbrauchen den gleichen cbm-Preis. Nur, die Großverbraucher haben oft die Möglichkeit, die Mehrkosten über höhere Preise oder geringere Steuern an die Allgemeinheit weiterzugeben. RD

---

## **Die Stadt, der Müll . . . und die Probleme**

Erster Fakt, es wird zuviel Müll produziert. Die Ressourcen - Rohstoffe, Energie - sind billig, die Hochtechnologie, die geringen Lohnkosten (Billiglohnländer) machen die Produkte billig und eine Wegwerfmentalität macht sich breit. Entweder kann man Dinge gar nicht reparieren oder die Reparaturkosten sind im Vergleich zum Neuprodukt illusorisch.

Zweiter Fakt, die Lösung des Problems mit dem "Grünen Punkt" ist ein Etikettenschwindel, weil es dem Verbraucher suggeriert, daß all die grünpunkteten Verpackungen recycled - wiederverwertet - werden können und auch werden. Dafür steht aber die Technik und auch die Kapazität nicht zur Verfügung. Daß dies über die Privatindustrie auch noch ein Tor zur Geschäftsmacherei, Betrug und Verbrechen öffnet, ist ein eigenes Kapitel.

Dritter Fakt, die Müllmenge in einzelne Fraktionen getrennt, ist nicht geringer geworden. Die Verwendung der Abfallstoffe zur Ersatzprodukten (z. B. Kunststoff zu Blumenkübel) ist nur ein Wegwerfen mit zeitlicher Verzögerung. Die Restmüllmenge - das, was auf die Deponie kommt - hat sich verringert. Dies ist ein Grund zur Gebührenerhöhung, so paradox es klingt.

Die sächlichen und personellen Kosten einer Deponie sind (fast) konstant. Verringert sich die Menge, so muß die Restmenge, die ja nach Gewicht abgerechnet wird, teurer werden - so einfach ist das. Die Deponien (in unserem Kreis die Riedwerke) sind kommunale Eigenbetriebe und sind per Gesetz angehalten, "ausgeglichen zu wirtschaften".

Fakt vier ist, daß die Politik vor dem Problem Müll kapituliert hat. Anstatt die Verantwortlichen - den Bundesgesetzgeber - zu drängen, zu zwingen, daß die Müllmenge verringert wird durch Verpackungsverordnungen, durch Verbot der oft unnötigen Verpackungsproduktion, der Einwegbehältnisse, werden die Kosten an die Kommunen (so im Kreis Groß-Gerau) weitergegeben. Diesen fällt dann nichts anderes ein, als die Müllgebührenschaube zu drehen. Der Presse war zu entnehmen, daß der Müll - ob Grünabfall oder Restmüll - um fast 140% teurer werden soll. Damit aber nicht genug. Neue, größere Müllbehälter werden Geld kosten, ebenso wie die Beseitigung der alten. Dieses hat dann ebenfalls der Bürger zu zahlen. Das I-Tüpfelchen ist dann noch, daß neben Restmüll- und Wertstofftonne noch eine Biotonne eingeführt werden soll. Wir werden als Opposition in Zusammenarbeit mit den Bürgern noch zulegen müssen, um derartige Pläne, die jeden Haushalt bis zu 300 Mark zusätzlich pro Jahr belasten werden, zu vereiteln. RD

# Stadtgeschichten



*Der Spielmannszug der "SKG-Walldorf", in klassisch weißer Montur, im Jahre 1955 aufgenommen in der oberen Ludwigstraße, anlässlich eines Festzuges durch die reich geschmückten Ortsstraßen von Walldorf. An der Spitze mit dem Tambourstab, Peter Best. Die Spielmannszüge, früher oft obligatorisch zu den Turnvereinen oder Turnabteilungen gehörig, sind heute fast restlos verschwunden bzw. haben sich in Musikzüge oder Blasorchester verwandelt, wie bei der SKV-Mörfelden oder bei Rotweiß-Walldorf.*

*Die auf dem Bild sichtbaren Häuser der Ludwigstraße 4 und 6 wurden vor Jahren abgerissen und machten der Groß-Gerauer Volksbank Platz.*



*Im Mörfelder Heimatmuseum gibt es wieder einmal eine hervorragende Ausstellung:*

**Bertha von Suttner  
und  
andere Frauen der  
Friedensbewegung**

*Die Ausstellung, von der Bibliothek der Vereinten Nationen in Genf erarbeitet, ist erstmals in Mörfelden zu sehen. Später geht sie auf die Reise in viele Großstädte Europas.*

*Öffnungszeiten:  
19. 9. bis 27. 10. 1993  
Dienstag-Freitag, 14-17 Uhr  
Samstag und Sonntag, 10-17 Uhr*

**UZ-Pressesfest  
25.-26.  
September  
1993  
Bottrop**

*Auch aus unserer Stadt wollen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger das Fest besuchen.  
Von Mörfelden-Walldorf fährt ein Bus.*

*Das traditionelle UZ-Pressesfest findet bald im Bottroper Volkspark Batenbrock statt.*

*Wer mitfahren will, kann sich melden bei:*

*Gerd Schulmeyer,  
Wolfsgartenstraße 2,  
Tel. 23366*

